

Dresdner Volkszeitung

Hauptredaktion: Dresden, Aden & Comp., Nr. 1908.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Hauptredaktion: Dr. K. Schmidt, Dresden, Aden & Comp., Nr. 1908.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Reichsregierungen Dresden-Königsberg und Dresden-Altschloß

Bezugspreis einschließlich Frachtposten in der 40. Woche vom 29. September bis 5. Oktober 22000000 M., unter Anrechnung für Deutschland die Nummer 4 500 000 M. Einzelnummer 4000000.— M.

Schriftleitung: Zeitungsplatz 10. Tel. 25 281. Sprechstunden nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Zeitungsplatz 10. Tel. 25 281. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: Grundpreis mal Schließzahl. Grundpreis: die 30 mm breite Reklamereihe 135 M., die 90 mm breite Reklamereihe 500 M., für auswärtsige Anzeigen 160 und 550 M. Schließzahl: 50 000. Familienangelegenheiten und Kleingelege 40 Proz. Rabatt. Für Briefüberlegung 2000000 M.

Nr. 232

Dresden, Donnerstag den 4. Oktober 1923

34. Jahrg.

Die Pläne der Reaktion

Berlin, 4. Oktober. Die sozialdemokratische Fraktion hat in ihrer heutigen Versammlung mit 61 gegen 53 Stimmen beschlossen, die Einberufung der von der Regierung verlangten sozialpolitischen Bestimmungen über die Arbeitszeit in das Ermächtigungsgesetz abzuwehren. Das Reichskabinett ist darauf zu einer Sitzung zusammengetreten, in der es in der 12. Nachtstunde den Beschluß gefaßt hat, in seiner Gesamtheit zu dimissionieren. Der Reichspräsident Dr. Stresemann begab sich zum Reichspräsidenten Ebert, der die Dimission annahm und den bisherigen Reichskanzler sofort mit der Neubildung des Kabinetts beauftragte. Dr. Stresemann hat diesen Auftrag angenommen und nach in der Nacht die Verhandlungen über die Neubildung seiner Regierung begonnen.

Was es ist erreicht! Es ist den Wählern der Deutschen und des mit ihnen verbundenen Großkapitals gelungen, die Regierung Stresemann zu sprengen. Damit ist man zunächst die verhassten sozialdemokratischen Minister aus der Reichsregierung los. Bei den Auseinandersetzungen, die zwischen den Parteien stattgefunden haben, handelt es sich zunächst um die Frage der Arbeitszeit. Die Sozialdemokratie war nicht bereit, der Regierung die Ermächtigung zu Bestimmungen zu geben, die eine vollständige oder wenigstens teilweise Aufhebung des Achtstundentages zuließen. Aber vieles deutet darauf hin, daß der Vorstoß gegen den Achtstundentag nicht die Hauptfrage war, sondern zum Teil nur ein Mittel zum Zweck, die Sozialdemokratie aus der Regierung zu verdrängen. In der Formel, die der Reichsarbeitsminister Brauns vorlegt, ist davon die Rede, daß im Vergleich der Arbeitszeit unter Tage auf acht Stunden einschließlich Ein- und Ausfahrt festgesetzt werden solle. Dabei ist schon heute keine gesetzliche Bestimmung vorhanden, die eine achtstündige Arbeitszeit im Bergbau unmöglich macht. Worauf es ankommt, ist die Vergarbeiter dazu zu bringen, daß sie acht Stunden arbeiten.

Die Arbeit der Vergarbeiter unter Tage ist so schwer, daß ihr Anspruch auf eine nur siebenstündige Arbeitszeit völlig gerechtfertigt ist. Trotzdem haben die Vertreter der Sozialdemokratie in den früheren Regierungen sich stets bemüht, die Vergarbeiter zu bewegen, daß sie länger arbeiten, weil die dadurch erzielte Mehrproduktion von Kohle dem deutschen Volke dringend gebraucht wird, und wiederholt ist auch erreicht worden, daß die Vergarbeiter freiwillig Ueberstunden geleistet haben. Glauben etwa die bürgerlichen Parteien, daß sie mit Gewalt die Vergarbeiter zu einer längeren Arbeitszeit zwingen können. Es kann sehr leicht passieren, daß sie jetzt von den Vergarbeitern die Antwort bekommen: nun erst recht nicht. Dann müßen aber auch die schönsten Gesetze nichts. Sollte das alles den Herren von der Deutschen Volkspartei, die jetzt den Vorstoß gegen die Regierung unternommen haben, nicht geläufig gewesen sein?

Worauf es den Vertretern des Großkapitals aber wohl in erster Reihe ankommt, war der Sturz des sozialdemokratischen Finanzministers Hilferding. Jetzt, zum ersten Male seit der Revolution, sind wirklich Maßnahmen durchgeführt worden, um die Bestehenden tatsächlich zur Zahlung von Steuern zu zwingen, durch die sie empfindlich belastet werden. Besonders die neuesten Verfügungen des Finanzministers Hilferding, über die Verwirklichung der Vorauszahlung für die Einkommensteuer und die Uebertragung der den Kapitalisten gegen die Masse gefahren sein. Daher der Ansturm gegen den Genossen Hilferding, dessen Tätigkeit auch in der bürgerlichen Presse vielfach Anerkennung gefunden hat.

Es soll eine neue Regierung geschaffen werden, die, wie das Cuno-Kabinett, es den Bestehenden ermdlicht, sich auch weiterhin von den Steuern zu drücken. Die schweren Lasten, die dem deutschen Volke aus der Reparation und aus der Lösung des Ruhrabenteuers erwachsen werden, sollen den Massen auferlegt werden. Alle Schranken sollen beseitigt werden, die der kapitalistischen Ausbeutung und Knechtung der Arbeiter entgegenstehen. Man hat ja gegenseitig den Belagerungszustand und deshalb halten wohl gewisse Kreise die Zeit für gekommen, um eine Diktatur nach dem Muster des Mussolini und Ribera in Deutschland auszurufen. Vielleicht werden dann dieselben Kreise, die heute nach nationalsozialistischer Methode gegen die Sozialdemokratie gehen, sich mit dem französischen Großkapital und dessen Sachwalter Poincaré in aller Eile verständigen. Degoutte hat den Ruhrarbeitern die Bedingungen gestellt, daß sie zehn Stunden arbeiten müssen. Er ist also ganz ein Mann nach dem Herzen der Stimmlosen u. Co. Warum da nicht gemeinsame Sache mit den französischen Kapitalisten machen? Vielleicht verurteilt man gemeinsam einen Ausbeutungsfeldzug gegen die breiten Massen des deutschen Volkes. Schon wird davon gesprochen, daß der Reichstag aufgelöst werden soll, ohne daß man recht bald Neuwahlen vornehmen lassen will. Dann hätte man eine reaktionär-kapitalistische Diktatur vom reinsten Wasser. Dann hieße es fort mit dem verhassten Achtstundentag, fort mit all den für die Kapitalisten so unangenehmen Bestimmungen zum Schutze des Arbeiters, die in der Nachkriegszeit geschaffen wurden. Dann würde man versuchen, die Arbeiter zu knechten und zu bückeln, so ganz nach den Rezepten der großindustriellen Kapitalmagnaten. Fraglich ist nur, ob in Deutschland möglich ist, was in Italien und Spanien geschehen konnte.

Man wird sich irren, wenn man glaubt, daß sich die deut-

sche Arbeiterschaft alles ruhig bieten läßt, was sich irgendein Diktator von Kapitalgnaden herausnimmt. Selbst ein Blatt, wie die Leipziger Neuesten Nachrichten, das freis auf dem äußersten rechten Flügel der Deutschen Volkspartei stand und oft von den deutschnationalen Organen kaum zu unterscheiden war, wendet sich entschieden dagegen, daß man versucht, gegen die Arbeiterschaft zu regieren, weil es einzieht, daß daraus die größten Gefahren für das deutsche Volk entstehen müßten.

Man soll sich nicht einbilden, daß der Zustand wieder hergestellt werden kann, der zur Zeit der Regierung Cuno herrschte. Wird ein neues Kabinett gebildet, an dem die Sozialdemokratie nicht beteiligt ist, so wird die Sozialdemokratie mit den schärfsten Mitteln, die ihr zur Verfügung stehen, Opposition machen, und sie wird dabei nicht nur der Zustimmung ihrer eigenen Anhänger, sondern auch eines großen Teiles der Arbeiter und Angestellten, die heute noch in den bürgerlichen Parteien zu finden sind, gewiß sein. Welche Veruche man jetzt in Berlin machen wird, um den Scherbenhaufen wegzuräumen, der zunächst durch die Zerklüftung der Regierung geschaffen ist, läßt sich noch nicht sagen. Die Arbeiterschaft aber muß auf der Hut sein, alle Errungenschaften der Nachkriegszeit sind mehr gefährdet denn je zuvor. Wenn nicht alles klappt, stehen uns die schwersten Kämpfe bevor. Deswegen ist es heute notwendig, daß die Arbeiterschaft zusammenhält. Für den Bruderkampf innerhalb der Arbeiterschaft darf jetzt keine Zeit mehr sein. Aber auch darauf wird es ankommen, daß die Arbeiterschaft ihre Besonnenheit nicht verliert. Sehr wahrscheinlich ist es, daß man versuchen wird, die Arbeiterschaft vor rechts her zu provozieren, damit man auf Grund des Ausnahmezustandes gegen ihre Organisationen vorgehen kann. Niemand kann mit Bestimmtheit sagen, was uns die nächsten Tage, die für die Zukunft des deutschen Proletariats von höchster Bedeutung sein werden, bringen. Kampfbereit und entschlossen muß heute das deutsche Proletariat dastehen, um den Vorstößen seiner Feinde zu begegnen.

Der verhinderte Putz

Die Schwerindustriellen Erpresser.

SPD. Die Deutsche Volkspartei hat unter dem Druck der außerparlamentarischen Aktion der Reichsbrüder in der „Straße“ kapituliert, ohne Rücksicht auf unsere traurige Gesamtlage. Sie hat in gewissem Sinne gleichzeitig kapituliert vor den Putzschritten in Kärnten und den Kärntnerführern, die inzwischen in unmittelbarer Umgebung von Berlin verhaftet wurden. Denn das eine steht heute fest, daß die Hege der deutschnationalen Presse sich in erster Linie auf sorgsame und erwartungsvolle Vorbereitungen zu einem Putz stützte, der, wie sich jetzt einwandfrei ergeben hat, in diesen Tagen mit dem Ziele geplant war, Berlin zu umzingeln und anstelle der verfassungsmäßigen Regierung eine militärische Diktatur zu setzen. Dank der Aufmerksamkeit der preussischen Behörden ist der militärische Putz verhindert worden. Aber dennoch erreichten die Organisa-

toren dieser Aktion, die Reichsbrüder und die Deutschnationalen Partei, ihr Ziel, weil die Deutsche Volkspartei nicht nur sich selbst und ihrem Führer Stresemann anzureu wurde, sondern auch an dem daneberliegenden Vaterland Verrat übte. Nur sie trägt Schuld an der Krise, die Deutschland jetzt durchlebt, nur sie ist verantwortlich für den neuen wirtschaftlichen Stillstand, nachdem von ihr eine Kapitalflucht lediglich aus Angst vor dem Verlust an Wählerstimmen vollzogen wurde.

Der Schwerindustrielle Flügel der Deutschen Volkspartei hat es verstanden, diese Kapitalflucht bereits auszuweichen. Der volksparteiliche Wirtschaftsminister Dr. v. Raumer ist inzwischen das Opfer der schwerindustriellen Interessengemeinschaft geworden. Selbst er hat vor dieser Gesellschaft als Mitglied einer Reihe größerer Aktiengesellschaften von dem Tage an keine Gnade mehr gefunden, wo er die Unmöglichkeit und die volkswirtschaftliche Schädlichkeit der Rohstoffartelle einmah. So ergab sich schon kurz nach dem Regierungsantritt v. Raumers der Konflikt, der zu seinem Höhepunkt gesteigert wurde, als die Volkspartei vor den deutschnationalen Kapitalisten und damit der schwerindustriellen Richtung vollkommen das Feld überließ. Aber damit haben sich die schwerindustriellen Erpresser nicht zufrieden gegeben. Sie verlangen mehr! Sie fordern weiterhin eine vollkommene Unterwerfung der Arbeiterschaft unter ihre Interessengemeinschaft, die ausschließlich darauf ausgeht, die schweren Lasten der Reparationen und die damit im Zusammenhang stehenden anderen Belastungen von sich abzuwälzen und sie auf die Schultern der Arbeiterschaft zu legen.

Selbst der Führer der Demokratischen Partei, Dr. Petersen, hat versucht, auf die bürgerlichen Parteien einzuwirken und sie zu drängen, der Sozialdemokratie das Verbleiben in der Regierung nicht allzu schwer zu machen. Aber auch hier unterlag die Bemühung des von den Deutschnationalen indirekt distanzierenden Umarmt. Die Volkspartei konnte sich nicht zu Zugeständnissen entschließen, sondern bestand auf einer Formulierung, die den Sieg der Schwerindustrie nicht nur über die Arbeiterschaft, sondern auch über den Staat bedeuten hätte. So fällt ihr nicht nur die Verantwortung für die Erschütterung der von einer starken Mehrheit getragenen Regierung, sondern auch die Verantwortung für den Bismarck zu.

„Man nennt das Katastrophopolitik“

In der schärfsten Weise wenden sich die deutschvolksparteilichen Leipziger Neuesten Nachrichten gegen die Regierungstätigkeit. Das Blatt richtet zwar seine Angriffe in erster Reihe gegen die schärfste Gde der wilden Männer in der Fraktion um Kärntner und Scholz, aber die Kritik trifft tatsächlich die ganze Fraktion der Deutschen Volkspartei, die ja tatsächlich jetzt die Politik der wilden Männer gemacht hat.

Wir entnehmen den Leipziger Neuesten Nachrichten folgendes: Wenn eine Fraktion, die innerhalb einer regierenden Mehrheit etwa ein Sechstel der Sitze inne hat, den Reichskanzler stellt, so erwachen ihr daraus innerlich besondere Pflichten. Selbstverständlich bleibt ihr auch das Recht, jederzeit ihren Austritt aus der Regierungskoalition zu erklären und den Kanzler damit zum Rücktritt oder zum Ausschleiden aus der Fraktionsgemeinschaft zu zwingen.

Französische Knechtungsbedingungen

Keine Betriebsräte! — Zehnstundentag! — Zwangsarbeit unter Waffengewalt!

Düsseldorf, 3. Oktober. In Düsseldorf sind Abordnungen aller Gewerkschaften durch den Abgesandten des Generals Degoutte empfangen worden. Wegen Wiederaufnahme der Arbeit wurden französischerseits folgende Bedingungen gestellt: 1. Abschaffung des Betriebsratsgesetzes, 2. Einführung der zehnstündigen Arbeitszeit und der Alltagsarbeit, 3. Aufnahme jeder zugewiesenen Arbeit, widrigenfalls Ausweisung erfolgt, 4. für die Eisenbahner gelten die bereits bekanntgegebenen Bedingungen, 5. Unterdrückung jeder Aufrüstung mit Waffengewalt, 6. Verschärfung des Strafbuches.

Die Eisenbahner wehren sich

Essen, 3. Oktober. Die in Essen zwischen der französisch-belgischen Eisenbahngesellschaft und den deutschen Eisenbahngewerkschaften geführten Verhandlungen sind vorläufig auf einem hohen Punkte angelangt. Die Gewerkschaften und Beamtenverbände haben beschlossen, den Dienst nicht eher wieder aufzunehmen, bis die Franzosen auf die Forderung des Dienstes und der Abgabe der Pflichtenklärung gegenüber den Militär- und Zivilbehörden verzichtet. Weiter wird die Rückkehr sämtlicher Ausgewiesener verlangt. Dieser Beschluß ist den Regierungen durch die Eisenbahndirektion telegraphisch bekanntgegeben worden.

Essen, 3. Oktober. In Essen-West besucht eine Offizierspatrouille mit Wisten in der Hand die Eisenbahner in ihren Wohnungen und fragt an, ob sie innerhalb einiger Tage die Arbeit wieder aufnehmen wollen. Die Patrouille macht dabei aufmerksam, daß die Eisenbahner schwere Strafen zu erwarten hätten, falls sie sich nicht bereitfinden sollten.

Auflösung der Düsseldorfer Schupo

Paris, 3. Oktober. Nach einer Kabelmeldung aus Düsseldorf haben die französischen Behörden den deutschen Spitzen mit-

geteilt, daß die grüne Polizei vom 1. Oktober an als aufgelöst zu gelten habe. Sie wird von der südtürkischen Polizei ersetzt werden.

Düsseldorf, 3. Oktober. Die Franzosen nehmen auch weiter für die Sonderbrüder Stellung und unterstützen der Polizei — Waffengewalt. Sie leiteten eine Anklage wegen „Nordverbruch“ ein gegen Polizeibeamtenteilnehmer Dr. Haas, Polizeiberater Dr. Schmitz, Kriminalinspektor Wollenberg, Kommandeur der Schutzpolizei Major Engel und Leutnant Vogt. Sie wurden bereits vor dem französischen Kriegsgericht in der Voruntersuchung wegen der Vorfälle vom letzten Sonntag vernommen.

Düsseldorf, 3. Oktober. Der kommandierende General des Brückenkopfes Düsseldorf hat die Düsseldorfer Presse erzwungen, die französische Darstellung der Düsseldorfer Vorfälle am letzten Sonntag zu veröffentlichen.

Der Aufruf der Bergarbeiterverbände

Selbstkritik, 2. Oktober. Der Aufruf, den die vier Bergarbeiterverbände heute an die Vergarbeiter des besetzten Gebietes zwecks Wiederaufnahme der Arbeit richteten, hat folgenden Wortlaut:

Die Reichsregierung hat durch ihren Aufruf an das deutsche Volk vom 26. September bekanntgegeben, daß der passiv Widerstand aufgegeben werden soll. Die Aufgabe mußte erfolgen, wenn die deutsche Wirtschaft nicht vollständig zugrunde gehen soll. Dem rasenden Währungsverfall muß Einhalt geboten und die Notenspresse zum Stillstand gebracht werden. Innerhalb dieser Voraussetzungen hierfür ist die Aufgabe des passiven Widerstandes und die Wiederaufnahme der Arbeit. Die Existenz und die Zukunft des deutschen Volkes, und vor allem der Arbeiterschaft, macht diese Maßnahmen zur zwingenden Notwendigkeit. Die unterzeichneten Verbände fordern auch deshalb auf, die Arbeit und Förderung sofort in vollem Umfang wieder aufzunehmen. Kameradschaft, Ruhe und Ordnung im Innern Deutschlands ist vor allem erforderlich, wenn die gefährdende Lage überwunden werden soll. Kommunisten, Unionisten und Rechtssozialisten fordern den Streik, den Aufruf und arbeiten auf den Bürgerkrieg hin. Das ist ein Verbrechen am Volke und gerichtet die deutsche Republik. Kameraden, verlasst diesen Volkverbrechern die Gefolgschaft. Die vier Bergarbeiterverbände haben bisher eure Interessen vertreten und wahrgenommen. Es werden es auch in den kommenden kommenden Tagen tun. Die Wahrnehmung der Arbeiterinteressen kann um so wirksamer geschehen, je geschlossener die Kameraden den Verbänden und deren Beschlüssen folgen.